Antrag

der Abg. Sandra Boser u. a. GRÜNE

und

Stellungnahme

**des Ministeriums für Ländlichen Raum
und Verbraucherschutz**

Falschdeklarierung von Eiern

Antrag

Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,

1. wie sich die Strukturen in der Eierzeugung und -vermarktung in Baden-Württemberg darstellen und wie sie sich nach ihrer Kenntnis von denen in anderen Bundesländern unterscheiden;
2. wie hoch der Selbstversorgungsgrad von Eiern in Baden-Württemberg und der Bundesrepublik ist;
3. wie und in welchem Umfang in Baden-Württemberg Kontrollen bei privaten zugelassenen Ökokontrollstellen durchgeführt werden und wie sichergestellt werden kann, dass sie zuverlässig arbeiten;
4. wie und in welchem Umfang Kontrollen in Baden-Württemberg bei konventioneller Tierhaltung durchgeführt werden und ob sie die Notwendigkeit sieht, diese aufgrund der aktuellen Ereignisse anzupassen;
5. welche Möglichkeiten sie sieht, das Öko-Landbaugesetz an die Erfordernisse einer optimierten Überwachung der Kontrollstellen anzupassen;
6. wie viele Betriebe in Baden-Württemberg eine gleichzeitige Bewirtschaftung nach den Vorgaben der konventionellen und ökologischen Tierhaltung in einem Betrieb betreiben und ob sie dies für sinnvoll erachtet;
7. welche Kontrollen bei nach Baden-Württemberg gelieferten Eiern durchgeführt werden, um sicherzustellen, dass die Deklaration der Ware korrekt ist;

8. inwieweit das Legehennen-Betriebs-Registergesetz, auch unter Berücksichtigung von Aspekten der Verbrauchertransparenz, angepasst werden muss, um einen effizienteren Vollzug zu ermöglichen;
9. welche Maßnahmen sie zur Verbesserung der Lebensmittelkontrolle und Stärkung der Ökokontrollstellen getroffen hat.

01.03.2013

Boser, Hahn, Dr. Murschel, Pix, Dr. Rösler GRÜNE

Begründung

Die Verdachtsfälle wegen falsch deklarerter Eier verteilen sich auf mehr Bundesländer als bisher bekannt. Dabei sollen Eier aus Freiland- und Bodenhaltung sowie von Bio-Betrieben vor allem aus Niedersachsen unter Verstößen gegen Vorschriften zur Hühnerhaltung in den Handel gelangt sein.

Um effektiver auf mögliche Verfehlungen bei Kontrollstellen reagieren zu können, sollten daher die Sanktionsmöglichkeiten überprüft werden.

Bei Betrieben, die sowohl konventionelle als auch ökologische Betriebszweige haben, scheint eine klare Trennung zwischen den unterschiedlichen Produktionsformen erforderlich zu sein.

Der Bereich der Junghennen-Aufzucht sollte vorzugsweise über das Legehennen-Betriebs-Registergesetz in die Überwachungskette integriert werden. Diese Einbeziehung ist zur lückenlosen Überwachung der Erzeugungskette notwendig. Zudem sollte geprüft werden, ob im Sinne der Verbrauchertransparenz die Produktionsstätten und deren Erzeugercodes im Internet veröffentlicht werden können.

Stellungnahme

Mit Schreiben vom 26. März 2013 Nr. Z(22)-0141.5 nimmt das Ministerium für Ländlichen Raum und Verbraucherschutz zu dem Antrag wie folgt Stellung:

*Der Landtag wolle beschließen,
die Landesregierung zu ersuchen
zu berichten,*

- 1. wie sich die Strukturen in der Eierzeugung und -vermarktung in Baden-Württemberg darstellen und wie sie sich nach ihrer Kenntnis von denen in anderen Bundesländern unterscheiden;*

Zu 1.:

Nach der letzten Landwirtschaftszählung 2010 wurden in Deutschland insgesamt 56.286 Beständen Legehennen gehalten. Die durchschnittliche Bestandsgröße der Betriebe beträgt rund 600 Legehennen.

Land	Legehennen- bestand insgesamt in 1.000 Stück	Anzahl Bestände 1–999 Hennen	Anzahl Bestände 1.000–9.999 Hennen	Anzahl Bestände > 10.000 Hennen	Durchschnitts- bestand aller Betriebe
Baden- Württemberg	2.245	9.274	258	44	234
Bayern	3.911	25.679	209	52	150
Brandenburg	2.840	1.040	12	21	2.647
Hessen	874	3.329	67	16	256
Mecklenburg- Vorpommern	2.147	553	11	50	3.496
Niedersachsen	11.254	4.411	200	262	2.309
Nordrhein- Westfalen	3.418	3.780	293	68	825
Rheinland-Pfalz	750	1.493	59	.	.
Saarland	.	227	12	.	.
Sachsen	2.543	1.678	25	33	1.465
Sachsen-Anhalt	2.583	490	8	27	4.920
Schleswig- Holstein	1.159	1.500	51	23	736
Thüringen	1.451	916	11	20	1.532
Deutschland gesamt	35.279	54.436	1.218	632	626

Quelle: Stat. Bundesamt Landwirtschaftszählung 2010; eigene Berechnungen; . = keine Daten

In Baden-Württemberg wurde bei der Landwirtschaftszählung 2010 von 9.576 Betrieben die Haltung von Legehennen angegeben. Der Legehennenbestand pro Betrieb lag im Durchschnitt bei 234 Tieren. In Baden-Württemberg wurden zum Erhebungszeitpunkt nur rund 6% des deutschen Legehennenbestandes gehalten. In Niedersachsen wurden zum Vergleich fast 1/3 der deutschen Legehennen gehalten; die Haltung erfolgt dabei zu 90% in Beständen mit mehr als 10.000 Tieren.

Die durchschnittlichen Betriebsgrößen bei den Legehennen liegen in Baden-Württemberg und in Süddeutschland deutlich unter den Werten von Nord- oder Ostdeutschland. Die Eierzeugung im Land ist geprägt von kleinen Beständen; die erzeugten Eier werden meist direkt an Endverbraucher oder den Lebensmittelhandel abgesetzt. Gewerbliche Eierpackstellen gibt es deshalb kaum.

2. wie hoch der Selbstversorgungsgrad von Eiern in Baden-Württemberg und der Bundesrepublik ist;

Zu 2.:

Bei einem Pro-Kopf Verbrauch von 212 Eiern in Deutschland lag der Selbstversorgungsgrad im Jahr 2011 bei 66 %. Wird auf der Grundlage des Bundesdeutschen Verbrauchs gerechnet, ergibt sich für Baden-Württemberg ein Wert von 26 %. Es sollte allerdings beachtet werden, dass nur stark die Hälfte des Eierverbrauchs der Haushalte in Form von Schaleneiern gekauft wird. Der restliche Teil des Eierverbrauchs erfolgt über den Außer-Haus-Verzehr bzw. in Form von in Lebensmitteln verarbeiteten Eiern.

3. wie und in welchem Umfang in Baden-Württemberg Kontrollen bei privaten zugelassenen Ökokontrollstellen durchgeführt werden und wie sichergestellt werden kann, dass sie zuverlässig arbeiten;

Zu 3.:

Die in Baden-Württemberg tätigen, privaten, staatlich zugelassenen und akkreditierten Öko-Kontrollstellen werden vom Regierungspräsidium Karlsruhe als zuständiger Behörde laufend überwacht.

Folgende Maßnahmen werden eingesetzt:

- Bei den in Baden-Württemberg ansässigen Kontrollstellen werden jährlich Audits in den Geschäftsstellen durchgeführt.
- Die Kontrollstellen haben bestimmte gesetzlich geregelte Berichtspflichten (jährlich, vierteljährlich, fallweise) gegenüber dem RP Karlsruhe.
- Es erfolgen regelmäßig und risikoorientiert Kontrollbegleitungen durch die Behörde bei Kontrollen der Kontrollstellen in allen Arten von Unternehmen, die am Kontrollverfahren nach der EU-Öko-Verordnung teilnehmen. Dazu zählen besonders landwirtschaftliche Betriebe, Lebensmittelverarbeiter, Futtermittelunternehmen, Importeure, Filialisten des LEH, Internethändler, Lagerhalter usw.
- Die Ergebnisse der Kontrollbegleitungen werden nachgearbeitet. Dabei werden nach Bedarf auch weitere Unterlagen zur Prüfung angefordert. Zu jeder Kontrollbegleitung erhält die Kontrollstelle einen abschließenden bewertenden Bericht.
- Bei besonderen Anlässen wird die Kontrollstellenleitung zu einer Besprechung in die Behörde einbestellt.
- Das RP Karlsruhe nimmt regelmäßig an den in Baden-Württemberg durchgeführten Schulungsveranstaltungen der Kontrollstellen für ihr Kontrollpersonal teil und wirkt dabei mit, insbesondere auch bzgl. der Schulung zu Kontrollen in Geflügelbetrieben, zuletzt in der KW 11/2013.
- Die Kontrollstellen werden regelmäßig über die Ergebnisse informiert, die sich aus der fortlaufenden Zusammenarbeit der zuständigen Behörden der Länder ergeben, um ein bundesweit möglichst einheitliches Vorgehen der Kontrollstellen zu erreichen.
- Bei Bedarf werden die Kontrollstellen mit weiteren Rundschreiben instruiert.

Die Überwachung erfolgt sowohl anhand der jährlichen Planungsvorgaben als auch aufgrund aktueller Entwicklungen, neuer Sachverhalte und Informationen, die sich aus dem laufenden Austausch zwischen dem MLR, dem Regierungspräsidium Karlsruhe (Kontrollbehörde), den Chemischen und Veterinäruntersuchungsämtern im Rahmen des Öko-Monitorings oder mit den zuständigen Behörden der anderen Länder sowie der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung ergeben.

4. wie und in welchem Umfang Kontrollen in Baden-Württemberg bei konventioneller Tierhaltungsform durchgeführt werden und ob sie die Notwendigkeit sieht, diese aufgrund der aktuellen Ereignisse anzupassen;

Zu 4.:

Betriebe mit Tierhaltung unterliegen in vielerlei hinsicht der staatlichen Überwachung, nicht zuletzt im veterinärrechtlichen Bereich. Im Weiteren werden die im aktuellen Geschehen einschlägigen Überwachungstätigkeiten dargelegt. Die Regierungspräsidien sind in Baden-Württemberg zuständige Behörden für die Überwachung der Einhaltung der Vermarktungsnormen für Erzeugnisse des Eier- und Geflügelfleischsektors. Kontrolliert wird von den Regierungspräsidien grundsätzlich auf allen Stufen der Eiervermarktung, das heißt bei Eiererzeugern, bei Eierpackstellen, im Handel, in Verteilerzentren oder auf Wochenmärkten. Schwerpunktmäßig werden Kontrollen bei den zugelassenen Eierpackstellen durchgeführt, bei denen es sich im Land meist um Betriebe mit eigener Eierzeugung handelt (d.h. Eierzeuger, die gleichzeitig als Eierpackstelle registriert sind). Die zu kontrollierenden Betriebe werden nach festgelegten Kriterien anhand einer Risikoanalyse ausgewählt.

Weitere Kontrollen erfolgen durch die Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsbehörden. Für erwerbsmäßige Legehennenhaltungen sind risikoorientierte Kontrollen nach den Vorgaben der Verordnung (EG) Nr. 882/2004 der Europäischen Union über amtliche Kontrollen zur Überprüfung der Einhaltung des Lebensmittel- und Futtermittelrechts sowie der Bestimmungen über Tiergesundheit und Tierschutz durchzuführen. Diese umfassen neben dem Lebensmittel- und Tierschutzrecht auch die Bereiche der Tiergesundheit und des Tierarzneimittelrechts. Darüber hinaus finden spezielle anlassbezogene Kontrollen z. B. im Rahmen der Tiergesundheits- bzw. Zoonosenüberwachung (amtliche Probenahmen im Rahmen des Salmonellen-Monitorings) sowie Schlachtieruntersuchungen vor der Schlachtung der Hennen bei Schlachtung in zugelassenen Schlachtbetrieben außerhalb der „Direktvermarktung“ statt.

In den Bereichen Lebensmittel, Futtermittel und Tierschutz finden außerdem systematische Kontrollen (Cross Compliance) bei Empfängern von Direktzahlungen statt.

Erwerbsmäßige Legehennenhaltungen unterliegen darüber hinaus der Aufsicht nach § 16 des Tierschutzgesetzes. Auf Grundlage der o. g. VO (EG) 882/2004 haben die Bundesländer ein Kontrollhandbuch mit detaillierten Vorgaben für die Planung, Durchführung und Nachbereitung der Tierschutzkontrollen erarbeitet.

5. welche Möglichkeiten sie sieht, das Öko-Landbaugesetz an die Erfordernisse einer optimierten Überwachung der Kontrollstellen anzupassen;

Zu 5.:

Die Regelungen des Öko-Landbaugesetzes sind grundsätzlich geeignet für eine Überwachung der Kontrollstellen. Gleichwohl wird im Rahmen der Novellierung des Öko-Landbaugesetzes geprüft, wie Sanktionsregelungen bei festgestellten Mängeln der Tätigkeit von Kontrollstellen optimiert werden können. In diesem Zusammenhang steht auch der Bundesratsbeschluss Drucksache 143/13 vom 22. März 2013.

6. wie viele Betriebe in Baden-Württemberg eine gleichzeitige Bewirtschaftung nach den Vorgaben der konventionellen und ökologischen Tierhaltung in einem Betrieb betreiben und ob sie dies für sinnvoll erachtet;

Zu 6.:

Die EU-Öko-Verordnung sieht in Art. 11 vor, dass der gesamte landwirtschaftliche Betrieb nach den Vorschriften für die ökologische Produktion zu bewirtschaften ist. Jedoch kann ein Betrieb in deutlich getrennte Produktionseinheiten aufgeteilt werden, die nicht alle nach diesen Vorschriften wirtschaften. Die Verordnung schreibt dann vor, dass es sich bei Tieren um verschiedene Arten handeln

und bei Pflanzen es sich um verschiedene leicht zu unterscheidende Sorten handeln muss. Dieses Verbot der sog. Parallelproduktion derselben Tierart bzw. Pflanzensorte wird von der Landesregierung für unverzichtbar gehalten. Diese bestehende Rechtslage wurde in Medienberichten in letzter Zeit z. T. nicht richtig dargestellt.

Die Betriebe, die den baden-württembergischen Ökoverbänden angeschlossen sind, müssen den gesamten Betrieb ökologisch bewirtschaften, auch die Nutzung des Biozeichens Baden-Württemberg setzt dies voraus.

Zum Verbot der oben genannten Parallelproduktion derselben Tierart ist in Baden-Württemberg deshalb kein Fall einer fortgesetzten Zuwiderhandlung bekannt.

7. welche Kontrollen bei nach Baden-Württemberg gelieferten Eiern durchgeführt werden, um sicherzustellen, dass die Deklaration der Ware korrekt ist;

Zu 7.:

Neben der lebensmittelrechtlichen Überwachung, welche in Baden-Württemberg durch die unteren Verwaltungsbehörden wahrgenommen wird, sind die Regierungspräsidien zuständige Behörden für die Überwachung der Einhaltung der Vermarktungsnormen für Erzeugnisse des Eier- und Geflügelfleischsektors. Kontrolliert wird von den Regierungspräsidien dabei grundsätzlich auf allen Stufen der Eiervermarktung wie bei Eierpackstellen, im Handel, in Verteilerzentren oder auf Wochenmärkten.

Zur Verbesserung der Kontrollmöglichkeiten wurde bereits auf der Agrarministerkonferenz am 1. April 2011 beschlossen, dass für die Überwachungsbehörden der Länder leicht zugängliche Informationsmöglichkeiten geschaffen werden sollen. Daten, die im Rahmen des Legehennenbetriebsregistergesetzes erhoben werden, sollen damit den anderen Ländern zugänglich gemacht werden. Eine Feststellung von Abweichungen z. B. von den vorgeschriebenen Besatzdichten und Haltungsformen ist allerdings nur in den Herkunftsbetrieben der Eier möglich.

8. inwieweit das Legehennen-Betriebs-Registergesetz, auch unter Berücksichtigung von Aspekten der Verbrauchertransparenz, angepasst werden muss, um einen effizienteren Vollzug zu ermöglichen;

Zu 8.:

Im Zusammenhang mit der anstehenden Novellierung des Legehennenbetriebsregistergesetzes wird derzeit geprüft, ob der Anwendungsbereich auf Aufzuchtbetriebe ausgeweitet werden kann. Darüber hinaus wird die Einstellung von Daten, die auf der Grundlage des Legehennenbetriebsregistergesetzes erhoben wurden, in eine den Überwachungskräften der Länder zur Verfügung stehenden Datenbank angestrebt. Auf den Beschluss des Bundesrates (DS 143/13) vom 22. März wird verwiesen. Eine Änderung des Legehennenbetriebsregistergesetzes kann allerdings Abweichungen z. B. von den vorgeschriebenen Besatzdichten nicht verhindern. Solche Sachverhalte sind nur am Erzeugungsort der Eier überprüfbar.

9. welche Maßnahmen sie zur Verbesserung der Lebensmittelkontrolle und Stärkung der Ökokontrollstellen getroffen hat.

Zu 9.:

Die Landesregierung hat als eine der ersten Maßnahmen in ihrem Aktionsplan „Bio aus Baden-Württemberg“ die Kontrollbehörde, das Regierungspräsidium Karlsruhe, gestärkt, in dem sie das dortige Personal deutlich erhöht hat.

Durch diese Stärkung ist es dem Regierungspräsidium möglich, die beschriebenen Überwachungsaufgaben noch besser wahrzunehmen und damit die Kontrollstellen in ihrer Kontrollaufgabe noch mehr zu unterstützen.

Die Landesregierung hat die Lebensmittelüberwachung 2012 um Stellen für zehn Amtstierärzte, 22 Lebensmittelkontrolleure sowie vier Futtermittelkontrolleure aufgestockt. Zudem erhalten die Stadt- und Landkreise in den Jahren 2013 und 2014 insgesamt jeweils 1,1 Mio. €, damit pro Jahr zusätzlich 22 Lebensmittelkontrolleure eingestellt werden können.

Bonde

Minister für Ländlichen Raum
und Verbraucherschutz